



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

218 (10.5.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-216052](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-216052)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgeb. vom 1. Mai bis 31. Mai 1924 60 Goldpf. Die monatl. Bezugspreise vermindern sich bei Vorzahlung der wöchentlichen Beiträge. Postamtliche Nummer 7700 Karlsruhe. - Hauptvertriebsstelle Mannheim L. 6. - Geschäfts-Nachrichte Niederstadt, Währstraße, 6. Fernspr. Nr. 7441, 7442, 7443, 7444. Telegramm-Nr. 218. - Verlagsort Mannheim. Erscheint wöchentlich 4mal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitige Spaltenzeile für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark. - Goldmark für Anzeigen an bestimmten Tagen. Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. - Klare Schrift, Druckfehler werden nicht entschuldigt. - Besondere Anzeigen werden für besondere Preise berechnet. - Anzeigen werden nicht für weniger als 10 Goldpfennig angenommen. - Bei Nichterfüllung der Bedingungen wird die Anzeigenverwaltung nicht verantwortlich gemacht. - Die Anzeigen werden nicht für weniger als 10 Goldpfennig angenommen. - Bei Nichterfüllung der Bedingungen wird die Anzeigenverwaltung nicht verantwortlich gemacht.

Beilagen: „Sport und Spiel“ - „Aus Zeit und Leben“ mit Mannheimer Frauen- und Musik-Zeitung - „Welle und Schall“ - „Aus Feld und Garten“ - „Wandern und Reisen“

Ungeklärte Lage im Innern

Deutschnationale Ziele und Wünsche

Berlin, 10. Mai. (Von unfr. Berl. Büro). Die „Germania“ hat gestern früh in einer Zuschrift aus dem rheinischen Bietfeld die Auffassung vertreten, der inzwischen sich auch die Reichsregierung angeschlossen hat, daß es ihre Pflicht sei, sich auch dem neuen Hause anzustellen, ihr außenpolitisches Programm vorzutragen, um das in Wahrheit die Wohlthat der Nationen ist und so dem Parlament selber vor die Notwendigkeit einer klaren Entscheidung zu stellen. Diese Anschauung ist in jedem Falle korrekt. Die Regierung würde, wenn sie so handelte, nur den parlamentarischen Gesetzentwurf anderer Länder entsprechen. Die Deutschnationalen scheinen dieser Ansicht nicht zu sein. In der „Kreuzzeitung“ wurde gestern Abend in dem Beschlusse erklärt: „Wir sehen dem Rücktritt der Regierung noch vor dem Zusammenbruch des Reichstages entgegen und hoffen, daß sie selbst so viel Einsicht aufbringen wird, um die Konsequenzen aus der durch die Wahl veränderten politischen Konstellation zu ziehen. Die Regierung muß zurücktreten, die deutschnationale Partei tritt als ihr Gegner auf den Plan, der bereit ist, die Folgen seiner oppositionellen Haltung zu tragen und die alles weniger als erwiderte Wertschätzung anzunehmen. Sie hat diese ihre Absicht sofort, nachdem das Resultat der Reichstagswahlen bekannt war, zu erkennen gegeben, und zugleich auch die Vorbehalte genannt, die bestimmend sind für eine Koalitionsbildung mit den dabei in Betracht kommenden anderen bürgerlichen Parteien.“

Volksentscheid über das Sachverständigen Gutachten

des Volkes stelle eine besonders bössartige Erfindung dar, wie sie allerdings bei der „Deutschen Zeitung“ nicht ungewöhnlich sind. Inzwischen wird der „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie sich überlegen müssen, daß trotz ihrer Begründung ihr Aufruf zu dem Volksentscheid wenig Gegenliebe findet. Daß sich die Deutschnationalen gegen einen solchen Vorstoß hemmen würden, war zu erwarten. Die „Kreuzzeitung“ lehnt ihn rundweg ab und meint: „Der Plan des Volksentscheids muß unsere Feinde geradezu darauf stoßen, uns ein Diktat vorzusetzen.“ Aber auch von den Vätern der anderen bürgerlichen Parteien wird der Vorstoß heftig und mit stichhaltigen Gründen bekämpft. Schon die verfassungsmäßige Grundlage des sozialdemokratischen Antrags ist zweifelhaft. Ein Volksentscheid kann immer nur nach der Zustimmung im Reichstag erfolgen. Das Gutachten wird aber auch angenommen, daß die Sozialdemokratie sie dazu auffordert, von der Reichsregierung dem Reichstag vorzulegen. Mit dem sozialdemokratischen Vorschlag werden einflussreiche also offene Türen eingemacht. Mit Recht erklärt deshalb die „Germania“, die in der Beziehung wohl auch die Auffassung des Reichstages vertreten dürfte: „Der Reichstag hat zunächst zu entscheiden und alle Parteien müssen klar und deutlich Stellung nehmen. Auch die Parteien, die bisher in der Opposition standen, müssen es zugeben werden, Farbe zu bekennen. Die Streitfrage des Sachverständigen Gutachtens muß zunächst im Reichstag ausgemacht werden, und zwar deutlich sichtbar vor den Augen des ganzen Volkes. Der sozialdemokratische Antrag ist ein übereilter Schritt, dessen politische Folgen nicht genügend durchdacht worden sind.“

Dr. Bächer über das Sachverständigen Gutachten

Auf der Tagung des Vereins deutscher Maschinenbauingenieurwesen sprach gestern Geheimrat Dr. Bächer, das wirtschaftsführende Präsidialmitglied des Reichverbandes der deutschen Industrie über das Sachverständigen Gutachten. Bächer führte u. a. aus, daß die Industrie eine Befreiung der Eisenindustrie von einem finanziellen Zusammenbruch führen müßte. Die Überforderung des Eisenbauwesens und der Eisenindustrie sei eine Folge des allgemeinen Aufschwungs. Beim Aufbruch des ausländischen Handels würden die Unternehmungen ausländischer Kapital in den Schicksal, wodurch die Erhaltung der großen weiterarbeitenden Industrie unmöglich gemacht werde. Zu den Sachverständigenentscheidungen bemerkte Geheimrat Dr. Bächer, daß deren Grundidee im wesentlichen auf dem von der Regierung Cuno vor der Ruhrbesetzung gemachten Angebot beruhe. Es sei notwendig, auf der Grundlage des Sachverständigenberichts zu verhandeln, nicht um die Brutalität des Sachverständigenberichts zu verhindern, sondern um sich zu überzeugen, ob die Durchführung für uns möglich sei. Es handle sich zunächst nur darum, ein Entschieden zu finden, welches eine nahezu unendliche Krone wirtschaftlich lösbar mache. Die bekannte Resolution des Reichverbandes der Deutschen Industrie sei als Versuch zur Durchführung des Gutachtens aufzufassen. Es sei unsere Pflicht, aus einer schlichten Sache das Beste zu machen.

Der sozialdemokratische Parteitag

Der Sozialdemokratische Parteitag hat einstimmig einen Beschlus gefasst, in welchem gegen die Sachverständigenentscheidungen die härtesten Bedenken ausgedrückt werden.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Die „Germania“ hat auch auf die rein negative Einstellung der Deutschnationalen zum Staat der Gegenwart hinweisen.

Die „Germania“ hat auch auf die rein negative Einstellung der Deutschnationalen zum Staat der Gegenwart hinweisen. Die Haltung der Deutschnationalen zur Weimarer Republik wird die gleiche bleiben wie sie bisher gewesen ist. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, sie auf verfassungsmäßigem Wege auszuheben und innenpolitisch zu überwinden, um so endlich wieder zu einem Staat zu kommen, der Hüter und Beschützer des deutschen Volkstums ist.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Der Reichstag über das Sachverständigen Gutachten

Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen. Der Reichstag hat heute Morgen in der 11. Sitzung über das Sachverständigen Gutachten beschlossen, es dem Reichstag vorzulegen.

Deutschösterreich und die Wahlen im Reich

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Die Spannung mit der man in Deutschösterreich die Wahlbewegung im Reich verfolgt hatte, hat sich gelöst. An die Stelle der Wahlprognosen ist die Wirklichkeit getreten, die je nach der politischen Einstellung des Betrachtenden Befriedigung oder Mißtrauen auszulöst hat. Stimmungen, die in der Presse allerdings nicht zum vollen Ausdruck kommen, weil einerseits die nationale Auffassung in der Wiener Presse überhaupt fast nicht vertreten ist, andererseits aber die demokratische und sozialdemokratische Presse aus tatsächlichen Gründen mit ihrer wirklichen Meinung über die Bedeutung des Ausgangs der Wahlen im Reich zurückhält. Der Ton, in dem das hiesige sozialdemokratische Blatt das Ereignis bespricht, ist äußerst gedämpft, die demokratische Presse aber glaubt, das Hauptgewicht darauf legen zu müssen, daß das Wahlergebnis noch „schlechter“ hätte sein können, weil es, so wie es vorliegt, doch nicht die „Erfüllungsphantasie“ gefährde.

Diese Betrachtungsweise ist durch innen- und durch außenpolitische Momente bestimmt. Die Wiener liberale Presse hatte seit jeher starke französische Reigungen. Sie sind in den letzten Jahren nicht schwächer geworden im Gegenteil. Die vollständige Orientierung des Nachrichtenendienstes nach der französischen Seite hin hat dazu nicht minder beigetragen als persönliche Einflüsse und Beziehungen, zu denen aber auch solche zu frag und dem Nachrichtenendienst der hiesigen Regierung treten. Die Pflege aller dieser Beziehungen und Reigungen wurde der Wiener liberal-demokratischen Presse aber um so leichter, als sie in der deutschen Frage auch durch ihr Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie in die Richtung jener Parteien im Reich wies, die durch Herstellung eines Einvernehmens mit Frankreich und mit der Hilfe Frankreichs das System der parlamentarischen Demokratie im Reich einbürgern wollten. Wenn in der Wiener liberal-demokratischen Presse gegen Frankreich und die französische „Reparationspolitik“ ein Vorwurf erhoben wird, so ist es nur der, daß die französische Politik es den demokratischen Parteien im Reich unmöglich mache, die Wiener Frankreichs zu sein, und im Wege der parlamentarischen Demokratie das deutsche Volk der französischen Knechtschaft auszuliefern, weil die französische Politik die deutschen Wähler immer wieder von dem demokratischen Parteien abdränge. Allein die liberal-demokratische Wiener Presse gibt nicht die Anschauung der Wiener sozialdemokratischen Bevölkerung wieder. Sie war bei den letzten allgemeinen Wahlen nicht imstande auch nur einen einzigen ihrer Kandidaten zur Wahl zu verhelfen. Die Wiener deutsche Bevölkerung denkt in der deutsch-französischen Frage anders als die Wiener liberal-demokratische Presse und ist von dem Ausfall der Wahlen im Deutschen Reich befriedigt, weil sie in ihm den maßvollen Ausdruck der Entwidlung der öffentlichen Meinung im Reich nach der nationalen Seite hin erblickt, des Sich-wider-Feindens des deutschen Volkes, seiner Wiederaufrichtung zu politischer Macht und nationaler Geltung.

Ganz frei von egoistischen Motiven ist diese Befriedigung allerdings nicht. Die innere politische und wirtschaftliche Sanierung Deutschösterreichs hat sich unbeschadet der Stabilisierung der Krone unter den gegebenen Verhältnissen als unmöglich erwiesen. Innen- und außenpolitisch entbehrt dieser keine Staat der Machtmittel bis zu und eine Fortdauer der bisherigen Verhältnisse würde die deutschen Alpenländer unter die offene oder verhängte Herrschaft eines seiner nichtdeutschen Nachbarn bringen. Nur wenn die Attraktionskraft des deutschen Volkes im Reich sich vermöge seiner politischen, nationalen und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung, wieder nach Außen zu wirken beginnt, nur wenn das Reich in der Lage ist, tätigen Anteil an der Ordnung der mitteleuropäischen Dinge zu nehmen, nur dann wird auch den deutschen Alpenländern der Weg zum Wiederaufstieg eröffnet werden und sein nationales Selbstbestimmungsrecht wieder hergestellt sein. Dieser Gesichtspunkt ist für die Deutschen in den Alpenländern für die Wertung des deutschen Wahlergebnisses vor allem maßgebend und von ihm aus begrüßen sie es als den Kunder eines neuen Tages.

Weitere keine Änderungen immer noch möglich

Nach der neuesten amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses, die zum Teil bereits auf den von den Kreiswahlausschüssen anerkannten Berechnungen beruhen, wurden abgegeben: Insgesamt 20 311 442 Stimmen. Davon entfallen auf: Ver. Sozialdemokr. Partei 5 991 547, Deutschnationale Volkspartei 5 764 628, Zentrum 3 901 087, Deutsche Volkspartei 2 646 747, Demokratische Partei 1 661 425, Kommunistische Partei 3 728 089, Bayerische Volkspartei 941 982, Bayerischer Bauernbund 685 273, Deutsch-Hannoversche Partei 318 505, Deutschsozialistische Freiheitspartei 1 922 626, Landliste 508 780, Deutsch-Sozial 338 348, U.E.S.D. 234 708, Bund der Gewerks 58 890, Christlich-Soziale Volksgemeinschaft 124 626, Arbeiterpartei 36 199, Freiwirtschaftsbund 36 024, Bauernbund 23 862, Nationale Freiheitspartei 59 114, Nationale Wählerpartei 133 540, Partei der Arbeiter 46 991, Republikanische Partei 45 867, Sozialistischer Bund 25 617, und auf nicht an die Reichstagswahlen angefallene Gruppen 16 967 Stimmen.

Die Verteilung der Reichstagswahlen

Die Verteilung der Reichstagswahlen nach Kreis-Verbandslisten und nach den Reichswahlvorschriften angegeben, ist folgende: Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschlands 82 + 11 + 7 = 100, Deutschnationale Volkspartei 80 + 3 + 13 = 96, Zentrum 52 + 5 + 8 = 65, Deutsche Volkspartei 30 + 8 + 6 = 44, Demokratische Partei 9 + 12 + 7 = 28, Kommunistische Partei 42 + 11 + 9 = 62, Bayerische Volkspartei 14 + 0 + 2 = 16, Bayerischer Bauernbund 3 + 2 + 5 = 10, Deutsch-Hannoversche Partei 4 + 0 + 1 = 5, Deutschsozialistische Freiheitspartei 15 + 9 + 10 = 32, Landliste 7 + 1 + 1 = 9, Deutsch-Sozial 0 + 2 + 2 = 4, Gesamtzahl der Mandate 336 + 64 + 71 = 471.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bekanntheit der Abgeordneten

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bekanntheit der Abgeordneten noch eine geringe Erhöhung erfährt, und zwar nicht bei der Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses, sondern bei der späteren Durchprüfung der Abstimmungsunterlagen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der ungültigen Stimmen gegenüber den früheren Wahlen stark geliegen ist. Während im Jahre 1920 die Höchstzahl der ungültigen Stimmen in einem Wahlkreis 12 000 betrug, meldet diesmal Bielefeld 14 361, Düsseldorf-Ost 24 904, Westfalen-Süd 34 484 ungültige Stimmen. Es ist möglich, daß ein Teil dieser Stimmen nachträglich für gültig erklärt werden wird, sobald der einen oder anderen Partei noch ein Mandat zufließen könnte.

Schließung der Pfalzzentrale in Heidelberg

Das Karlsruher wird gemeldet: Das Ministerium des Innern hat am Freitag Abend die politische Schließung der Geschäftsstelle der Pfalz-Zentrale in Heidelberg angeordnet. Das Personal ist angewiesen worden, abzureisen.

Aus welchen Gründen diese Maßregel getroffen wurde, darüber

ist Näheres noch nicht zu erfahren. Um Mißdeutungen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß die Pfalz-Zentrale mit der bayerischen Regierung in Heidelberg nicht identisch ist.

Durch das Ausfallen des Wortes „nicht“ im Schlußsatz

Durch das Ausfallen des Wortes „nicht“ im Schlußsatz hat die heute Morgen von einem Mannheimer Blatt hierüber verbreitete Meldung zu der irrigen Annahme Veranlassung gegeben, daß sich aus der Schließung der Pfalz-Zentrale ein bündnispolitischer Kompetenzkonflikt ergeben würde. Das ist nicht der Fall, es handelt sich vielmehr um eine administrative Maßnahme. Über deren Gründe allerdings vorläufig nichts zu erfahren war. Auf unsere Erkundigungen im Ministerium des Innern in Karlsruhe wurde uns mitgeteilt, daß heute Vormittag eine Sitzung der zuständigen Stellen stattfand, in der die Frage, die sich z. Bt. nach dem Verhandlungsstadium befindet, besprochen wird. Die schließliche Regierung wird sofort nach dem Abschluß näheres mitteilen.

„Aufpost“ zwischen Amerika und Europa. Das Denkschrift

„Aufpost“ zwischen Amerika und Europa. Das Denkschrift, das gegenwärtig in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut wird, soll nach seinem Eintreffen in diesem Herbst von der Marine zu dem Versuch verdingelt werden, zu erweisen, daß die Post zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in zwei Tagen oder weniger befördert werden kann.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Zur Beilegung des deutsch-russischen Konflikts ist man nunmehr in einen diplomatischen Gedankenaustausch eingetreten, in dem Bestreben, die sowohl in Moskau wie in Berlin bestehenden Differenzen zu beiderseitiger Zufriedenheit möglichst bald aus der Welt zu schaffen.

Wie wir erfahren, sind die anfänglich der Durchsicherung des

Wie wir erfahren, sind die anfänglich der Durchsicherung des Gebändes der russischen Handelsvertretung festgenommenen Personen wieder freigelassen worden, da weder Fluchtverdacht noch Beschleppungsgefahr besteht.

Turnulsen im Unterhaus

Die Debatte über die 2. Lesung einer Bill, welche Schottland Selbstregierung gewährt führte zu sehr erregten Szenen, die den Sprecher veranlaßten, die Sitzung zu verlagern. Eine ähnliche Bill ist bereits nicht weniger als neun Mal vom Hause in zweiter Lesung erledigt worden. Gestern stieß der Entwurf, der vor dem Arbeitspartei der Dugan an vorgelegt wurde, auf den heftigen Widerstand der Konserveration, während die Liberalen ihn unterstützten. Die Regierung hatte ihrer Zustimmung zu der Bill grundsätzlich Ausdruck gegeben und sich bereit erklärt, einen Ausschuss zur Erwägung der Belohnungsfrage zu ernennen. Bei Schluß der Sitzung lehnte es insofern der Sprecher ab, eine Abstimmung anzustellen, wodurch die Bill zu Fall gebracht wurde. Diese Entscheidung führte zu einem Tumult auf den Bänken der Arbeitspartei. Der Sprecher machte die Rufer wiederholt darauf aufmerksam, daß er sie aus dem Hause verweisen werde, wenn sie sich seiner Amtsführung widersetzen würden; doch vertagte er schließlich das Haus, da die Tagesordnung mit der Annahme einiger formeller Fragen erledigt war.

Eine Abordnung der industriellen Gruppe des Parlaments ersuchte in einer Botschaft mit Snowden dringend um Aufrechterhaltung der Mac Kenna Einfuhrabgaben. Snowden antwortete mit einer Kritik der Argumente der Delegation; die Botschaft hatte kein Ergebnis.

Vor den französischen Wahlen

Die Ansichten der Parteien

Paris, 10. Mai. (Von unserm Pariser Vertreter.) Am Vorabend des Wahltages werden die Manifeste der Block- und Antiblock-Parteien in Massen verbreitet. Auf den Boulevards finden Flugzettel und Programme geringen Absatz. Das Interesse für die wohlgemeinten Kandidaturen der Kandidaten ist mäßig. In den Arbeiterbezirken herrscht dagegen eine sichtbar starke Bewegung. Die Umgebung von Paris wird durch die Blockparteien intensiv bearbeitet, weil dort mehrere Regierungskandidaten auftreten. Aus der Provinz lauten die Nachrichten sehr widersprüchlich. Das linksrepublikanische Kartell weist in Südfrankreich einige bedenkliche Risse auf. Trotzdem sind die Gegner des nationalen Blocks davon überzeugt, daß sie in den südlichen Departements zwei Duzend Sitze erobern werden. Auch im Elsaß, wo sich die Sozialdemokraten sehr stark gegen die Regierungskandidaten ins Zeug legen, wird es einen heißen Kampf geben. Die größten Erfolge des Block National sind in den Departements der Meuse, der Mosel und des Jura zu erwarten. Auch die mittelfranzösischen Wahlkreise bieten dem Block National einen starken Rückhalt. Im Wahlkreis von Lille machen die Kommunisten den Sozialdemokraten schwer zu schaffen.

Die Hauptschlacht der Kommunisten wird aber in Paris und den umliegenden Fabriksprezidenzien gefochten werden. Man versucht dort in letzter Stunde alle republikanischen und gemäßigten sozialistischen Wähler zum Kampf gegen die Kommunisten anzuleiten. Es ist bekannt, daß sämtliche Parteien, Sozialdemokraten inbegriffen, den Kommunismus als eine Partei im Dienste Rußlands bezeichnen. In den Wahlmanipulationen der Blockparteien wird

Über Deutschland am meisten geklopft

Die republikanische Vereinigung, der drei Minister angehören, richtet an ihre Wähler folgende Mahnung:

„Die deutschen Reichstagswahlen zwingen uns, wachsam zu bleiben. Wir müssen gegen Deutschland eine entschlossene Politik führen. Der Exzentriker muß in Ordnung gebracht werden und wir müssen erreichen, daß er von den Deutschen angenommen wird. Um so weit zu kommen, ist es nötig, daß Frankreich diszipliniert und einig hinter dem Mann steht, der die Lage beherrscht. Dieser Mann ist Poincaré.“ Der Exzentriker findet dagegen in den rechtsstehenden Gruppen des Block National überhaupt keine Beachtung. Die Manifeste dieser Gruppen, zu denen auch die sogenannte demokratische Vereinigung gehört, versagen, daß die Ruhr weiter in Frankreichs Hand bleibt und zwar als Sicherung gegen einen deutschen Angriff. Von den Antirepublikanern wird die Parole ausgegeben, die Einigung mit England und Lösung der Reparationsfrage im Rahmen des Völkerbunds zu suchen. Im selben Sinne sprechen sich die gemäßigten Sozialdemokraten aus.

Einen auffälligen Einfluß auf die Stimmung üben die heftigen Schwankungen des Frankens aus. Man glaubt darin die Folgen einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik zu erkennen.

Die deutschen „Spekulations“-Mandate

Der Berliner Reichstagskorrespondent des „Journal“ meldet zu den neuen Frankensmandate, die deutschen Nationalisten wollten mit ihrem neuen Mandat (1) einen Druck auf die französischen Wähler ausüben. Der „Matin“ spricht offen von einem Börsenmandat, das von den neutralen Wählern ausgeht, von Berlin in Frankreich zu senden. Aber in Paris habe sich niemand über die neue Offensiv bemerkt. Der Finanzminister habe die nötigen Maßnahmen getroffen. Er bestehe in der Botschaft von Frankreich die Mittel, den Frankens wieder zum Steigen zu bringen. Alles bestehe darauf, daß die Bonifars durch neue schwere Verluste ihren Angriff gegen den Frankens beenden müßten.

Wegen der Krisenminister müßte sich in die Sache einmischen. Im „Echo de Paris“, es handelte sich um ein deutsches Mandat zur Beeinflussung der französischen Wähler.

2491 Kandidaten

Eine von Havas veröffentlichte Zusammenfassung teilt mit, daß sich bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Kammerwahlen 2491 Kandidaten auf 452 Listen um 564 Sitze bewerben.

Zusammenkunft Poincarés mit Macdonald

am 20. Mai in Chequers

Am Quai d'Orsay wurde gestern Abend erklärt, daß die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Macdonald am 20. Mai in Chequers stattfinden werde. Dieser Beschluß ist auf eine längere Unterredung zurückzuführen, die der englische Botschafter gestern mit dem Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay hatte. Bei dieser Unterredung hat der englische Botschafter den Wunsch Macdonalds übermittelt, so schnell als möglich mit Poincaré zusammenzutreffen. Poincaré antwortete, er sei bereit, sich am Sonntag den 20. Mai nach Chequers zu begeben, die Nacht vom 20. auf 21. Mai in Chequers zu verbringen und am gleichen Abend zurückzukehren. Die „Havas“ betont, wird die Besprechung einen offiziellen Charakter tragen, ebenso wie die Besprechung der belgischen Minister in Paris und London.

Nach dem „Matin“ wird Poincaré bei der Besprechung nur von dem Dolmetscher Comeryn begleitet sein. Man brauche kaum auf den Gegenstand der Unterredung hinzuweisen. Selbstverständlich würden die beiden Staatsmänner in dem Gespräch, das ein interkollaterales Abkommen über die durch den Sachverständigenrat aufgeworfenen politischen Fragen unerlässlich sei, ihre Ansichten lokal und freundschaftlich austauschen und versuchen sie einander näher zu bringen. Inzwischen würden am 18. Mai die belgischen Minister in London mit Mussolini zusammentreten und gegen Ende des Monats werde der Boden zu einer positiven Beratung der Regierung bereit sein.

Das „Echo de Paris“ schreibt, die Entscheidung des französischen Ministerpräsidenten sei erst gestern vormittag erfolgt. Seit seiner Unterredung zwischen den belgischen Ministern Theunis und Symons scheint er noch darüber nachgedacht zu haben, ob man das belgische französische Volk nicht den Anschein erwecke, daß irgendeine Unterredung ohne die französische Regierung erfolge. Der Ministerpräsident scheint zuerst daran gedacht zu haben, einen persönlichen Brief an Poincaré zu richten, aber eine Persönlichkeit, die dieser Lage in London genehmig sei, habe ihn den Rat gegeben, um eine direkte Unterredung nachzugehen und habe ihm auch die Hoffnung gefaßt, daß ein direkter Vorschlag angenehm wäre. Poincaré habe zwar in seinem Brief an die Repts erklärt, er sei gegen einen sofortigen Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen bevor nicht der Sachverständigenrat durch die Repts ausgehandelt worden sei. Die Repts der belgischen Minister nach England habe diesen Vorbehalt hinsichtlich gemacht.

Morgan und die deutsche Anleihe

Nach einem Juntspruch aus New York sagte Morgan einigen Beobachtern, er könne keine Beteiligung an der Anleihe für Deutschland nicht leugnen, daß Maß des Rußens, den er für die letzten Jahre, hängt aber von seinem Schweigen ab.

Nach dem „New York Herald“ wurde ursprünglich angenommen, daß die in dem Sachverständigenrat vorzunehmende Anleihe von 500 Millionen Goldmark gegen den ersten Wechsel angelegt werden könne. Aber dieser Zeitpunkt scheint etwas verzögert und Optimisten nahmen an, daß die Anleihe in den Vereinigten Staaten und in Canada kurz nach dem 15. Wechsel aufgelegt werde.

Der Wechsel im englischen Besatzungsmandat. Laut „Manchester Guardian“ ist der General Sir John Canne der Nachfolger des Generals Geddes in Köln. Canne war Verbindungsbeauftragter mit dem niederösterreichischen Oberbefehlshaber.

Sewerkchaftliches Führertum

Zum Streit im Kohlenbergbau

In drei großen deutschen Steinkohlenbezirken hat ein Generalstreik der Bergarbeiter eingesetzt. Die Konferenz der kommunikativen Betriebsdelegationen im Ruhrgebiet hat den Generalstreik ausgerufen; die vier Bergarbeiterverbände wenden sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie die gleichen Forderungen wie die Kommunisten erheben — in erster Linie die Rückkehr zur verkürzten Arbeitszeit — aber zur gewerkschaftlichen Disziplin aufrufen. In Oberschlesien und in Sachsen wird nur auf einem Bergwerk gearbeitet. Ueber 90 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung liegt still.

Will man den Bergarbeiterstreik kritisch würdigen, so muß man einen Blick auf die Entwicklung der letzten Monate werfen. Der Ruhrbergbau wurde im November vorigen Jahres nach dem Abschluß des Riccardovertrages vor die Notwendigkeit gestellt, eine Verminderung der ihm auferlegten Kosten durch Steigerung und Verbilligung der Kohlenproduktion herbeizuführen. Jedemverband und Bergarbeiterverbände trafen daher eine Vereinbarung, daß die nach dem Riccardovertrag verkürzte Schichtzeit unter Tage auf acht Stunden festgesetzt wurde. Die Friedensarbeitszeit, die 8 1/2 Stunden betrug, war hiermit nicht erreicht. Auch im übrigen Bergbau erwies sich die Rückkehr zur alten Schichtzeit als notwendig; war doch in allen Revieren infolge der Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung des Bergmannes im Durchschnitt auf 60 Prozent, teilweise aber bis zu 50 Prozent der Friedensleistung gesunken. Trotz der starken Vermehrung der Belegschaften war die deutsche Kohlenförderung zu gering, daß wir eine von Jahr zu Jahr steigende Einfuhr ausländischer, insbesondere englischer Kohle zu verzeichnen hätten. Die jedoch nicht wie vor dem Riccardovertrag eine erhebliche Kohlenaufuhr ausgeglichen wurde. So führten wir im Jahre 1922 monatlich fast 1 1/2 Millionen Tonnen, im vergangenen Jahre etwa 2 Millionen Tonnen Steinkohle aus dem Ausland ein. Welchen Verlust diese Einfuhr für unsere Volkswirtschaft bedeutet, braucht an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt zu werden. Trotzdem bedurfte es schwieriger und langwieriger Verhandlungen, mehrschon auch des persönlichen Eingreifens des Reichsarbeitsministers, bis es gelang, eine, wenn auch beschränkte, Regelung der Arbeitszeit im Bergbau in wirtschaftlich erträglicher Ausmaße zu treffen. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die alte Arbeitszeiterordnung und damit die gesetzliche Grundlage für den Aufstandstag seit Mitte November nicht mehr bestand. Die Gewerkschaftsvertreter würden sich zweifellos noch mehr, als sie es taten, gegen die Wiedereinführung der alten Schichtzeit gewehrt haben, wenn sie sich nicht darüber klar gewesen wären, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage des gesamten Bergbaues die Arbeitszeit durch Vereinbarungen in den Betrieben neu geregelt, die Gewerkschaften also in dieser wichtigen Frage völlig ausgefallt worden wären.

Das Reichsarbeitsministerium hat diesem „Uebelstand“ bald geholfen, indem es die Berechnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember schuf. Diese letzte trotz aller Einschränkungen den Aufstandstag wiederum gefällig sei und stürzte so den Gewerkschaften für ihre weiteren Verhandlungen den Rücken. Als nun im März über die Verlängerung der Mehrarbeitsabkommen im Bergbau entschieden werden sollte, verstoßen die Gewerkschaftsführer die Verhandlungen von Woche zu Woche. Schließlich glaubten sie, sich bis zu den Wahlen um eine Entscheidung herumzuziehen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Hetze der Kommunisten, die die Bergarbeiter aufstachelten, wieder die Streikhandlung zu verfahren, war zu stark. Wenn die Weiterarbeit der Bergwerke nicht in Frage gestellt werden sollte, mußte eine rechtzeitige Klärung der Arbeitszeiterfrage erfolgen. So wurden die Mehrarbeitsabkommen durch Schlichtungsrichter verlängert und vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Folge ist der von der kommunistischen Partei getragene Generalstreik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen, Oberschlesien und Sachsen.

Der „Vorwärts“ hat im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik das Wort vom „Bankrott der Jungschlichter“ ausgesprochen. Es ist nicht zu leugnen, daß der Streik ein Zeichen für die verfehlte Schlichtungs- und Arbeitszeiterpolitik des Reichsarbeitsministeriums ist. Man wird jedoch anerkennen müssen, daß Minister Brauns persönlich bei der Regelung der Arbeitszeit vom besten Willen befeuert war, etwas Gutes zu schaffen. Fürcht man nach den Gründen seiner Arbeitszeiterpolitik, so kommt man zu dem Ergebnis: Minister Brauns als früherer Gewerkschaftler vertraute darauf, bei den Gewerkschaftsführern Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft zu finden. Er glaubte, die Gewerkschaftsvertreter würden den Ruf zur Verantwortung haben, der das Kennzeichen wahren Führertums ist. Hierin hat er sich geirrt. Die Gewerkschaftsführer haben sich bei all ihren Reden von den radikalsten Arbeitern trennen lassen, und das ist das traurige: nicht von denjenigen Arbeitern, die in den Gewerkschaften hinter ihnen standen, sondern von denen, die bei den Betriebsräten und den kommunikativen Delegierten ihre Stimme gaben. Doch sie durch dieses Verhalten keine Kommunisten für sich gewinnen, vielmehr Bewußt aus ihren eigenen Reihen verlieren mußten, ist einleuchtend. So haben sie nur die Stellung der Kommunisten gefüllt. Ein schlagender Beweis hierfür ist das Ergebnis der letzten Betriebsratswahlen an der Ruhr. Die freien Gewerkschaften, die noch im Jahre 1920 fast 66 Prozent der Betriebsräte stellten, zählen heute kein Drittel zu den freien. Die sozialistischen und kommunistischen Arbeiterverbände haben gegenüber der Wahl vor 4 Jahren ihren Bestand um die Hälfte vermehrt und die freien Gewerkschaften weit überflügelt; sie umfassen nicht weniger als 42 Prozent der Betriebsräte. Demgegenüber fällt die Zahl der aus den christlichen Gewerkschaften angehörenden Betriebsräte von 19 auf 21 Prozent kaum ins Gewicht. Noch viel stärker kommt der Rückgang links bei den Reichstagswahlen in den einzelnen Bergbaubezirken zum Ausdruck. Nicht die Sozialdemokratie der Bergarbeiter und des Herrn Poincaré, wie der Vorwärts gefachelt hat, ist hieran schuld. Das ist die Antwort auf die ohne Mut zur Verantwortung betriebene Politik der Gewerkschaftsführer.

Ueberblick über die Lage

Ueber die Regierungsvermittlung im Ruhrstreik wird aus Dortmund gemeldet, daß die ersten vom Reichs- und Staatskommissar Reichlich einseitige Vermittlungsaktion bei den für gestern Abend zu einer Besprechung eingeladenen Bergarbeitervertretern erfolglos abblieben ist.

Die Berliner Blätter sprechen in ihren Meldungen aus dem Ruhrgebiet von einer Verdrängung des Kampfes im Bergbau. Kommunisten und die jetzt im Ruhrgebiet sehr reale tätigen Separatisten gewannen an Einfluss unter den ausgebeuteten dem streikenden Bergarbeitern. Die Zahl der Hüttenwerke, die infolge Kohlenmangels zur Stilllegung des Betriebes gezwungen sind, hat sich weiter erhöht. Auch mußte die Gasversorgung mehrerer Städte, darunter Essen, einseitig werden.

Die Verhandlungen, die gestern vormittag in der Bergwerksdirektion Medinahaufen zwischen einem Vertreter des preussischen Handelsministeriums, dem Präsidenten der Bergarbeiterverbände, Geheimrat Raffetien und Vertretern der Bergarbeiterverbände bis in die frühen Nachmittagsstunden hinein stattfanden, sind erfolglos abgeblieben.

Nach den weiter vorliegenden Nachrichten erlabt sich aus dem Ruhrgebiet das Bild

ooffenbarer Urteilsende

Mercedes scheint sich die Zahl der Reichstagswähler etwas vermehrt zu haben. Der Reichsarbeitsminister steht in ständiger Fühlung mit dem Schlichter für das Ruhrgebiet, Reichskommissar Reichlich in Dortmund. Die Voraussetzung für weitere erfolgreiche Bemühungen der Reichsbehörde ist nur, wenn die in Frage kommenden Parteien an den Reichsarbeitsminister herantreten, um ihn als Vermittler anzurufen. Dies ist bisher nicht geschehen. Augenblicklich sind beide Parteien, der Arbeiterverband und die Arbeitnehmer in Essen daran, über den Manifeststreik zu verhandeln.

Besserung im oberhessischen Streik

Am oberhessischen Grubenrevier hat sich die Streiklage gestern etwas gebessert. Es kam in größerem Umfang wieder zur Arbeitsaufnahme.

Die Lage in der Pfalz

Neue Schikanen

Die scharfe Passkontrolle auf der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen, die seit einigen Tagen von französischen Gendarmen auf beiden Seiten der Brücke wieder vorgenommen wird, nachdem vorher längere Zeit nur Einprübungen vorgenommen worden sind, ist vernehmlich auf die neuen Passierschriften in der Pfalz zurückzuführen. Nach Bekanntmachungen der franz. Delegationen in den pfälzischen Zeitungen — müßten die Identitätskarten der Bewohner des besetzten Gebietes zusehends mit dem Ausdruck „Besetztes Gebiet“ versehen sein. Dieser neuen Vermerk muß sich jeder Besitzer einer Identitätskarte von dem Bürgermeisteramt seines Wohn- und Aufenthaltsortes im besetzten Gebiet einholen. Diese neue französische Fahrordnung bedeutet eine weitere Verschärfung des Verkehrs zwischen der Pfalz und dem umliegenden Deutschland.

Die verprochene Wahlfreiheit

Der ausgewiesene Bürgermeister Ringes von Groß-Börslingen, ein Kandidat der Deutschen Volkspartei der Pfalz, der während des passiven Widerstandes nur etwa einem Jahre aus der Pfalz ausgewiesen worden war und bei seiner Einreise in die Pfalz an einem Ort verhaftet wurde, war gestern vor dem französischen Gericht in Landau wegen verbotener Einreise angeklagt. Bürgermeister Ringes hielt sich auf Grund einer französischen Zulassung zur Einreise in die Pfalz berechtigt, zumal eine Berechnung der unterstellten Rheinlandkommission besagt, nach der alle ausgewiesenen Reichs- und Provinzialkandidaten zur Wahlzeit der Identitätskarte im besetzten Gebiet die letzten 14 Tage vor dem Wahltermin gestattet wurde. Bürgermeister Ringes wurde zwar freigesprochen, doch ist ihm dadurch, daß er sich in französischer Haft befand, die Wahlteilnahme unmöglich gemacht worden.

„Gerechte“ Rechtsprechung

Ein Speyerer Weingewerbetreibender wurde von dem französischen Militärgericht von Landau wegen Preisüberhöhung mit einer Geldstrafe von 300 Goldmark verurteilt, weil er für das Pfälzische Schmelzgeschäft 120 Bll. verlangte. Es hat ihm gar nicht gehandelt, daß ihm sowohl von der deutschen Preisobergrenze als auch von der französischen Preisobergrenze ein Preis von 120—130 Bll. festgesetzt wurde. Gegen das Urteil ergriffene Berufung blieb erfolglos.

Ebenfalls wegen Preisüberhöhung wurde der Geschäftsführer einer Bäckerei- und Konditoreifirma in Landau mit 14 Tagen Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe bestraft. Auf Berufung hin gelang es eine Herabsetzung der Geldstrafe auf 250 Goldmark zu erwirken. Der Sachverhalt ist folgender: Ein französischer Offizier hatte ein Mietgeschäft zum Ausbessern eingeleitet, das an das Hauptgeschäft in Frankfurt a. M. eingeleitet werden mußte. Das Hauptgeschäft berechnete die fertige Arbeit mit 18,50 Bll. „A“, wozu dann noch eine Bll. „B“ für Porto und Zinsen kamen. Der Einwand der Bäckereifirma, daß sie doch unmöglich die Preisberechnung des Hauptgeschäftes verantwortlich gemacht werden könne, blieb völlig unbeachtet. Im Gegenteil, sie wurde auch noch wegen eines zweiten gleichgelagerten Falles ebenfalls mit einer Geldstrafe von 250 Goldmark bestraft und ist dadurch ebenfalls schuldig zu sein wie unrichtig.

Diese zwei Fälle, die sich um viele andere vermehren lassen, do fast bei jeder Verhandlung der französischen Gerichte herrschende Art der Aburteilung kommen, kennzeichnen so recht die völlige Rechtlosigkeit der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Sie sind auch bezeichnend dafür, wie französische Besatzungsmannschaften, selbst es mit dem billigen Leben während der Weltkriege nichts mehr ist, nunmehr in der schändlichsten Weise behandeln, auf andere Weise wirtschaftliche Vorteile herauszufischen und wie die Militärgerichte ihnen hierbei behilflich sind. In dieses Kapitel gehört auch die Tatsache, daß vielfach Besatzungsmannschaften sich nicht entschließen, in den Bäden während eines Nachschub zu noch mehr vom Hundert auf die angehörigen Warenpreise zu fordern. Freigt sich der Geschäftsinhaber nicht willfährig, so wird mit Anzeige gedroht. Was er da zu erwarten hat, zeigt obige Beispiele. Im gewöhnlichen Leben heißt man's „Preßung“.

Badische Politik

Der Badische Landtag

Wird am kommenden Donnerstag, den 15. Mai wieder zusammengetreten. Der Staatspräsident und Finanzminister Dr. Reuber wird den neuen Staatshaushalt vorlegen.

Kommunistische Anfragen

Die kommunistische Fraktion des badischen Landtages hat folgende förmliche Anfragen gestellt:

1. Die Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ hat verächtlich übergriffe der badischen Polizei kritisiert. Daraufhin hat der Minister des Innern mit einem Verbot der Zeitung gedroht. Ist der Minister bereit, die Ursachen dieser Drohung bekannt zu geben?

2. Ist der Regierung bekannt, daß den politischen Untersuchungsgefangenen in den badischen Gefängnissen das Lesen der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ verboten ist. Was bedeutet die Regierung zu tun, damit das Verbot sofort aufgehoben wird?

Letzte Meldungen

Der „Deutsche Tag“ in Halle

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, erteilte das Preussische Staatsministerium zu dem am 11. Mai stattfindenden Einweihungsfest der gestrichenen Reichsbahnlinie in Halle den vereinigten vaterländischen Verbänden Mitteldeutschlands nur unter der Bedingung, daß es sich um eine Feier rein lokaler Natur handelt, daß die Teilnehmerzahl 2000 nicht übersteigt und daß sämtliche Umzüge unterhalb der Genehmigung der Behörden stehen. Sollten die Veranstalter der Feier für die Einhaltung dieser Bedingungen nicht unbedingte Sicherheit geben, so würde noch in letzter Stunde die Zurücknahme der Genehmigung erteilt werden müssen.

Attentat auf einen japanischen Eisenbahnzug

Berlin, 10. Mai. Gegen einen japanischen Eisenbahnzug, in dem der Führer der Oppositionsparteien Takauchi sich in einem Telegramm aus Washington ein Attentat verübt worden. Der Zug entgleiste. Vier Personen wurden getötet, zahlreiche Reisende schwer verletzt.

Berlin, 10. Mai. Nach einer Drahtung der „Holl. Ag.“ und St. Francisco hat ein Riesenbrand eine der größten kalifornischen Redaktionen im Sacramento völlig zerstört. Nach zahlreichen Warenhäuser wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf über fünf Millionen Dollar geschätzt.

Sietin, 10. Mai. Wie der „Vor-Tag“ meldet, ist vor einiger Zeit bei Horst in Hannover eine Petroleumpumpe entzündet worden. Ein Straußener Firma plant ein großartiges Unternehmen zur Ausbeutung des Petroleumporkommens.

Rangoon, 9. Mai. Der französische Botschafter D'Almeida hier angekommen.

* Amerikanische Wünsche für ein Schlichtergericht. Im Senat beantragte Lodge, Präsident Coolidge zu ermächtigen, die Einsetzung eines vom Völkerbund unabhängigen Schlichtergerichtes anzugehen.

* Fürst Bülow hat einem Vertreter des „Stornal-Viertel“ gegenüber erklärt, daß er nicht beabsichtige, nach Deutschland zurückzukehren. Er wolle jetzt in Rom bleiben. Die „Welt“ behauptet, er sich nicht mehr, höchstens noch dem Standpunkt bei dem er steht.

Norden überwiegt. Während zum Beispiel in der Mitte dieser Woche die Temperaturen wieder stark anstiegen, in der Rheinebene an 20 Grad, im Hochstauwasser an 10 und in mittleren Lagen an 15 Grad...

Die am letzten Bodenschicht vorübergehende einsetzende Besserung ist schon am Sonntag in den letzten Nachmittagsstunden wieder einer Regenzeit gewichen. In Mittelbaden und im Schwarzwald...

Es läßt sich jetzt auch nach dem Ablauf des ersten Hochwassers der Oberrheinflüsse erkennen, in welcher Weise die Wassermassen mit ihrem riesigen Druck doch vielfach Schäden angerichtet haben...

Wieder steigender Wasserstand.

Durch den anhaltenden Regen der letzten Tage hat sich auch der im Süden begriffene Hochwasserstand von Rhein und Neckar wieder erhöht. Von Bad und vom Bodensee wurde schon am Donnerstag eine Zunahme des Wasserstandes um einen halben Meter gemeldet...

Kirchliches. Das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg hat den Bergseitigen Kaplan an der St. Josefspfarre auf dem Lindenhof, Kaplan Josef Müller, zum geistlichen Lehrer am Gymnasium und Oberrealschule in Offenburg ernannt.

Ernannt wurden die Kriminalinspektoren Hermann Waldmann und Eduard Stäcker in Mannheim zu Kriminaloberinspektoren. Obermerktführer Jakob Duffenhöfer beim Landessergentennamt Mannheim zum Inspektor ernannt.

Verstorbene. Der Herr Ernst Strell beim Amtsgefängnis Mannheim zum Landessergentennamt ernannt.

Am 26. Mai bis 7. Juni findet an der Landesturnanstalt in Karlsruhe ein zweitägiges Spiel- und Sportfest für Lehrer aller Schulstufen statt.

Der Herr Ernst Strell beim Amtsgefängnis Mannheim zum Landessergentennamt ernannt. Am 26. Mai bis 7. Juni findet an der Landesturnanstalt in Karlsruhe ein zweitägiges Spiel- und Sportfest für Lehrer aller Schulstufen statt.

Sonderzüge nach Heidelberg. Anlässlich der am heutigen Samstag in Heidelberg stattfindenden Schloßbeleuchtung verkehren nach Schluß folgende Sonderzüge: Heidelberg—Mannheim: ab Heidelberg 10,05, 10,15, 10,20, 10,30, Heidelberg—Schwellingen: ab Heidelberg 10,20; Heidelberg—Karlsruhe: ab Heidelberg 10,30; Heidelberg—Darmstadt—Frankfurt: ab Heidelberg 10,30; Heidelberg—Oberbach: ab Heidelberg 11,00 Uhr.

Sommerdienstag der Dramen. Unter Beibehaltung der 51-Stundenwoche ist für die Sommermonate 1924 die Dienzeit der Beamten an den ersten 5 Wochentagen auf die Zeit von 7 1/2 Uhr morgens bis 12 1/2 Uhr nachmittags und von 2 1/2 Uhr bis 6 1/2 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus R. H. berichtet wird, eine Lockerung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Reichsausschusses müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet befindlichen Wohnstätten über 10 Jahre, als solche, welche Nationalität haben, im Besitze eines mit einem A. H. B. I. B. und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Nationalitätsausweises sein.

Veranstaltungen Wochenplan des Nationaltheaters

Spielplan vom 11. bis 18. Mai 1924

Im Nationaltheater:

Samstag, 11. Mai: C. H. H. 2. u. 3. Vorl. Die Entführung aus dem Serail. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 881-1000; U. H. B. 901-1020.

Sonntag, 12. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Montag, 13. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Dienstag, 14. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Mittwoch, 15. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Donnerstag, 16. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Freitag, 17. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Samstag, 18. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Sonntag, 19. Mai: außer Wieler, H. Fr. Der Traum ein Leben. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 401-450 und 2701-2850 und 3000-3150 und 3301-3450 und 3601-3750 und 3901-4050 und 4201-4350 und 4501-4650 und 4801-4950 und 5101-5250 und 5401-5550 und 5701-5850 und 6001-6150 und 6301-6450 und 6601-6750 und 6901-7000 und 7200 und 7401-7500 und 7701-7850 und 8001-8150 und 8301-8450 und 8601-8750 und 8901-9000.

Im Neuen Theater:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Im Theater des Westens:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Im Theater des Westens:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Im Theater des Westens:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Im Theater des Westens:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Im Theater des Westens:

Sonntag, 11. Mai: Die verzierte Raute. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 201-300 und 1024-1090.

Mittwoch, 14. Mai: Der Walfisch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 12701-12800; U. H. B. 501-600 und 601-700 und 1351-1400 und 1401-1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-2400 und 2401-2500 und 2501-2600 und 2601-2700 und 2701-2800 und 2801-2900 und 2901-3000 und 3001-3100 und 3101-3200 und 3201-3300 und 3301-3400 und 3401-3500 und 3501-3600 und 3601-3700 und 3701-3800 und 3801-3900 und 3901-4000 und 4001-4100 und 4101-4200 und 4201-4300 und 4301-4400 und 4401-4500 und 4501-4600 und 4601-4700 und 4701-4800 und 4801-4900 und 4901-5000.

Samstag, 17. Mai: Wenn Sieh: ewoch. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1701-1750 und 2441-2450 und 2601-2700 und 2901-3000 und 3101-3200; U. H. B. 1225-1250 und 1651-1800 und 2001-2100.

Sonntag, 18. Mai: Familie Schmel. Anfang 7.30 Uhr. R. H. B. 1500 und 2051-2100 und 2101-2200 und 2201-2300 und 2301-24

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Von den süddeutschen Waren- und Produkten-Märkten

Mannheim, 9. Mai.

Die Waren- und Produktenmärkte zeigen im Grunde das gleiche Bild wie in der Vorwoche, nur mit dem Unterschied, daß die Preise inzwischen weiter abgebrockelt sind. Irgendwelche Befestigung läßt schon allein die schwierige Lage des Geldmarktes nicht aufkommen, der dafür sorgt, daß sich jede Unternehmungslust zurückhält. Dabei vermochte es auch keinen Einfluß auf den Getreidemarkt auszuüben, daß mit einer ziemlichen Verspätung der Ernte gerechnet werden muß; lehrt doch ein Blick auf den Stand der Felder, daß er gegen die Vorjahre noch weit zurück ist, da die regnerisch-kühle Witterung einem raschen Wachstum hinderlich blieb. Noch mehr als durch diese Umstände war der süddeutsche Produktenmarkt aber auch in dieser Woche wieder durch die Mehlersteigerungen an der Mannheimer Produktenbörse beeinflusst. Dabei sind trotz aller Schwierigkeiten und Geldverluste des Mehl- und Produktenhandels bisher doch nur drei Firmen ins Wanken gekommen, von denen eine gestützt wurde, eine zweite unter Geschäftsaufsicht kam und eine dritte den Konkurs ansagen muß. Nur die letztere hatte einige Bedeutung, die anderen zwei spielten am hiesigen Markt keine Rolle. In den letzten Tagen haben auch die Versteigerungen sowohl der Zahl als dem Umfang nach etwas nachgelassen. In den meisten Fällen wurde bahnsiehende Ware von den interessierten Parteien erworben. Die dabei bezahlten Preise können deshalb für die allgemeine Marktlage nicht als richtunggebend angesehen werden, weil die betreffenden Parteien in den allerersten Fällen in den Konsum gelangten; auch ruhen auf den meisten Posten erhebliche Spesen für Frachten, Standgeld, Lagergeld und Zinsen. Außerdem wäre die Geldbeschaffung in französischen Franken für einen neuen Erwerb meist sehr schwierig.

Eine Erleichterung der Gesamtlage bedeutet es, daß viele der Mehlskontrakte nach Frankreich zurückreguliert werden konnten. Wie sich böse ist fast alles französische Mehl in der letzten Zeit, soweit es noch nicht verladen war, von dem süddeutschen Handel nach Frankreich zurückverkauft worden, wo für die 100 kg 100-105 fr. Fr. je 100 kg erzielt werden, während die Versteigerungen in Mannheim sich durchschnittlich etwa in der Höhe von 80 fr. Fr. bewegten. An der Donnerstagsbörse wurden verschiedene Parteien versteigert, darunter etwa 30 To. franz. Weizenmehl zu 74 und 81 Fr. 130 Sack zu 80 Fr. ab französischer Grenze; 200 Sack, bahnsiehend zu Ludwigshafen, mit 23,50 und 23,60 R.M.; 20.000 kg amerikanisch. Weizenbrotmehl zu 18 und 18,60 R.M. die 100 kg. Der Montag hatte noch erheblich umfangreichere Versteigerungen gebracht. In holländischem Mehl haben die Versteigerungen fast ganz aufgehört und man glaubt auch, daß die Maleongements in französischem Mehl nicht mehr so umfangreich sein werden wie die Aprilverpflichtungen waren. Sollte es möglich werden eine stärkere Zuteilung in Franken oder Gulden zu erhalten, so würden sich auch die Geschäfte wieder glatter als bisher abwickeln.

Das Ausland hat in der letzten Zeit mit seinen Angeboten ziemlich zurückgehalten, weil es keine guten Erfahrungen an den deutschen Märkten gemacht hat. Außerdem dürfte der augenblicklich wenig befriedigende Stand der Feldfrüchte und die Verzögerung der Heuerate nicht ohne stimulierenden Einfluß, namentlich auf den Futtermittelmarkt bleiben. Die jetzige kritische Situation hat jedenfalls viele Elemente, die Konjunkturgewinnler, aber keine reinen Kundenhändler waren, gezwungen, ihr selbsterworbenes Arbeitsfeld entweder ganz aufzugeben, oder es nach dem Umfang ihrer Eigenmittel einzuschränken. In nächster Zeit obliegt dem soliden Handel und der gediegene Agentenschaft die Aufgabe, das Geschäft am süddeutschen Produktenmarkt wieder in die gediegene Bahnen zu lenken, in denen es bis zum Ausbruch des Krieges gehandelt wurde. Der alte reelle Handel wird dann auch wieder einen Teil seines Wirkungsfeldes, soweit es nicht aus politischen und eisenbahn-geographischen Gründen eingengt wurde, zurückgewinnen. Zu diesem Zwecke ist es unbedingt notwendig, daß Mannheim auch vonseiten der Eisenbahn einen Umschlagtarif zugestanden bekommt, womit sich der Verkehr auch auf dem Rheine wieder heben und der Stadt Mannheim Verdienstmöglichkeiten bieten wird. Ebenso notwendig ist es aber auch, daß Treu und Glauben und auch die allgemeine Geschäftsmoral wiederkehren.

Die Nachfrage nach Brotgetreide war angesichts der schwachen Beschäftigung der Mühlen gering. Weizen und Roggennotierungen bröckelten ab. Auch die

Gerstenpreise waren rückgängig. Man bezahlte für Braugerste, prima, frei Mannheim, 18,50-19,50 M., teilweise auch mit 4-Wochenakzept. Aus Bayern und Württemberg lagen Angebote zu 16,75-17,75 M. vor, ab Verladestationen, doch vollzogen sich kaum Abschlüsse nach hiesiger Gegend. Hafer hatte rückgängigen Markt. Es lagen Angebote mit 14 M. die 100 kg ab Mosbach-Boxberger Gegend vor; frei Mannheim war mit 15 M. anzukommen.

Mit der Vorwoche vergleichen sich die Preise, bahnsiehend Mannheim die 100 kg wie folgt: Weizen 18,50 (19) M.; ausländischer 19,50-21,50 (21,75) M.; Roggen, inländischer 15,50-16 (16) M.; ausländischer 16,25 (16,50-16,75) M.; Hafer, inländischer 15,25-15,75 (15,50-16) M.; Braugerste 19-20 (20,75-21) M.; Mais, mit Sack, 19,25-19,50 (20) M.

Futtermittel hatten ruhigen Markt. Die Preise gingen zurück. Eine Ausnahme machten Trockenschrottel, die als Ersatz für die zur Neige gehenden Röhren vielfach begehrt sind. Man bezahlte zuletzt für je 100 kg ab süddeutschen Stationen, Trockenschrottel 11,50-12,00 M., Malzkorn und Biertreber mit Sack, frei Mannheim, 15-15,50 M.; ab Württemberg und Bayern lauteten die Forderungen, ohne Sack, auf 12,50-13; Haferschalenmehl wurde mit 9,50 M. ab Stationen gehandelt; Torfmasse war mit 9 M. ab Frankenthal, Rapsluchen mit 10,50 M. die 100 kg ab süddeutschen Oelfabrik-Stationen angeboten. Das Angebot in Kleie war mangels Anfalls gering. Verlangt wurden 9,75 bis 10,25 M. die 100 kg frei Mannheim.

Für Weizenmehl (Spezial 9) forderten die Mühlen 28,50 M. (wie in der Vorwoche), die zweite Hand 26 (26,25) M.; für Roggenmehl lautete die Mühlenforderung auf 24 (24) M., die der zweiten Hand auf 22 (22) M.

In Sämereien blieb die Nachfrage gering, aber auch das Angebot hielt sich zurück, so daß die Preise eher etwas fester als in der Vorwoche waren. Man verlangte für die 100 kg Luzerne-Kleesamen, Ia, 150 M., für Rotklee Ia 160 M., für Natalsaatmais, weiß, 22,50 M.; Esparsette war nicht angeboten.

Hülsenfrüchte hatten sehr kleinen Markt. Verlangt wurden etwa je 100 kg ab süddeutschen Stationen: grüne Erbsen 32-33 M., Viktoriaerbsen 36 M., Linsen, je nach Qualität, 56-63 M.; eine Partie gespalene und geschälte Erbsen wurde versteigert. Es handelte sich um drei Wagen von je 15 To., die 15,60, 13,50 und 14,74 M. je 100 kg erzielten.

Für Mais halten die großen süddeutschen Mälzereien entgegen der rückgängigen Konjunktur am Gerstenmarkt, erneut auf ihre Forderung von 40-41 M. je 100 kg für Primarware. Sie begründen dies, wie bisher, mit dem teureren Geld, der schweren Unterbringbarkeit von Akzepten und der langen, Zinsen erfordernden Lagerung bis zum Abbruch durch die Brauereien. Vereinzelt wird, besonders aus Württemberg und Bayern, Mais mit 37-38 M. die 100 kg angeboten, bei sofortiger Abnahme und sofortiger Barzahlung. Es handelt sich hierbei um Firmen, die entweder neue Einkäufe in Gerste machen oder Wechselverbindlichkeiten zu erfüllen haben. Da die Brauereien für die laufende Kampagne noch nicht mit ihrem Bedarf gedeckt sind, so glaubt man bei einigermaßen warmem Wetter, daß noch ziemlicher Bedarf herauskommen und zu decken sein wird, zumal da ausländisches Mais zurzeit keine Rechnung hierher bietet.

Das Geschäft in Hopfen lag sehr ruhig und die Preise bröckelten ab. Für Markthopfen zahlte man zuletzt 600-700 M. je Zentner. Man glaubt in eingeweihten Kreisen, daß die rückgängige Preisbewegung nur eine vorübergehende ist und ihre Ursache im Geldmangel hat. Bei Eintritt des Hochwassers dürften sich die Preise wieder befestigen, da die Brauereien auch in Hopfen ihren Jahresbedarf noch nicht gedeckt haben, sondern nur nach Gelddisponibilität Deckungskäufe vornehmen. Die fortgesetzte regnerische Witterung ist dem Bestellen der Hopfenanlagen sehr abträglich; selbsten der Pflanzter wird baldige bessere Witterung gewünscht, um mit dem Stangenstecken beginnen zu können. In Baden wurden Kleingkeiten Hopfen in prima Qualität, mit ca. 800 M. je Zentner verkauft. In alten Hopfen ruht das Geschäft vollständig. Amerikanische Hopfen sind nach wie vor angeboten, doch zeigen die Brauereien dafür nur ein leidliches Interesse.

Am Tabakmarkt sind die Preise für 1923er Tabak weiter heruntergegangen. Es wurden kleine Posten Bauerntabake zu 60-70 M. je Zentner verkauft. Da der Geldmarkt sich weiter verengt hat, wird auch vorläufig nicht daran zu denken sein, daß die Verhältnisse sich bessern. Rippen unverändert. Georg Haller.

Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Platz Söhne A.-G. Weinheim i. B.

Auf der Tagesordnung der auf den 5. Juni d. J. einberufenen o. G.-V. der Gesellschaft steht, wie schon gestern kurz gemeldet, neben den Regularien auch Beschlußfassung über Ausgabe von 35.000 Stück Genussscheinen von je 1000 M. und Erhöhung des Stimmrechts der Vorzugsaktien. Die Gesellschaft hat bekanntlich im vorigen Jahre in Schwerin die früheren Fokker-Werke (später Kost-Werke A.-G.) erworben, womit für die Badenia außer sonstigen Vorteilen wesentliche Frachtersparnisse verbunden sind. Die für den Ausbau dieser Tochtergesellschaft erforderlichen Mittel werden der Gesellschaft gegen die neu auszugehenden Genussscheine durch Vermittlung ihres Bankenkonsortiums zur Verfügung gestellt und zwar zu Bedingungen, wie sie gegenwärtig bei der Ausgabe von jungen Aktien, die nach den Bestimmungen der Goldbilanzverordnung den alten Aktionären in vollem Umfang zum Bezuge angeboten werden müßten, keineswegs zu erzielen wären. Im Zusammenhange hiermit hat die Bankengruppe sich eine mäßige Erhöhung des jetzt 25fachen Stimmrechts der 2000 6proz. Vorzugsaktien ausbedungen. Gegenwärtig stehen den 150.000 Stimmen der Stammaktien 50.000 Vorzugsaktien gegenüber. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Einführung der 75.000.000 M. Stammaktien letzter Emission an der Frankfurter und Mannheimer Börse sich in Vorbereitung befindet.

Saatenstand in Preußen

Nach der Statistischen Correspondenz betragen die Begutachtungsziffern für den Saatenstand in Preußen Anfang Mai 1924 wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet, für Weizen 3,2 gegen 3,3 im April und 2,7 im Mai 1923, für Spelz 2,9 bzw. 2,4, für Roggen 3,5 gegen 3,4 bzw. 2,9, für

Gerste 3,3 gegen 3,4 bzw. 2,8, für Gemenge 3,6 gegen 3,4 bzw. 2,9, für Raps und Rübsen 3,4 gegen 3,5 bzw. 2,8, für Klee 3,1 gegen 3,3 bzw. 2,8, für Luzerne 3,1 gegen 3,5 bzw. 2,6 für Rieselwiesen 3,1 gegen 3,4 bzw. 2,8 und für andere Wiesen 3,3 gegen 3,5 bzw. 3,1.

Ergänzend wird dazu bemerkt, daß die Hoffnungen der Landwirte auf einen Ausgleich eines großen Teiles der durch den Winter verursachten Schäden durch die günstige Witterung im April sich im allgemeinen nicht erfüllt haben, so daß sich ein recht unerfreuliches Bild für den Saatenstand ergibt. Diese Begutachtungsziffern sind aus den Berichten von insgesamt 3905 Vertrauensmännern zusammengestellt worden; von den einzelnen Bezirken zeigen Ostpreußen, Pommern und Schleswig sehr schlechte Notizen, die für Roggen zwischen 3,8 und 4,5 schwankten. Weit besser sind die für Schlesien, Sachsen und den Südwesten und am besten für Roggen in Breslau, Merseburg, Düsseldorf und Aachen. Umpflügungen an Wintergetreide, Raps, Klee und Luzerne müßten in recht erheblichem, bei Roggen sogar in erschreckendem Umfang vorgenommen werden. Volle 10 Prozent des Roggens und mehr müssen als verloren angesehen werden. Von Winterweizen fehlen 6 Prozent, von Raps 5, Klee 1½ und Luzerne 3 Prozent. Beim Roggen ist der Verlust deshalb so besonders groß, weil in einigen Bezirken, besonders West- und Ostpreußen, ein Fünftel bis zur Hälfte ausgewintert ist. Die Weide-Möglichkeiten werden im allgemeinen ungünstig beurteilt, weil an vielen Stellen die Vegetation noch nicht erwacht ist.

Die Frühjahrbestellungen sind noch immer sehr im Rückstand; im äußersten Osten haben sie mancherorts noch nicht begonnen, weil der Boden zu feucht ist, in den mittleren und westlichen Bezirken ist das Sommergetreide voll gesät und zum großen Teil sind die Saaten in befriedigender Weise schon aufgegangen. Außer vom Nord-

osten ist mit dem Legen der Kartoffeln überall mit dem Einrillen des Rübensamens größtenteils begonnen worden. Hinsichtlich der Schädlinge werden immer wieder Klagen über Mäuse laut. Die Landarbeiterverhältnisse werden im allgemeinen als befriedigend angesehen. In Ostpreußen besteht Streikneigung, im Bezirk Erfurt wandern vielfach Arbeiter aus der Kallindustrie infolge des Stillstehens der Schächte in die Landwirtschaft zurück.

Amerika und die deutsche Golddiskontbank

Aus Washington wird der Frkf. Ztg. gemeldet: Das Federal Reserveamt beschloß, Handelsakzepten, die von der Schachtschen Golddiskontbank angeboten würden, als gesetzliche Zahlungsmittel zum Rediskont bei amerikanischen Bundesbanken anzunehmen. Ein Beamter erklärte auf Befragen, ob dies die Richtschnur für die voraussichtliche Dawsbank sein würde, es sei anzunehmen, daß die Dawsbank lieber Bankakzepten als Handelsakzepten unterzubringen suchen werde. Jedenfalls werde dies vielleicht eine neue Entscheidung notwendig machen.

* Verschmelzung Riehle u. Vogel A.-G. in Alpirsbach - Seelberg Keksfabrik A.-G. in Mannheim.

Die gestern in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlungen der beiden Unternehmungen genehmigten einstimmig die Anträge der Verwaltung und damit die beantragte, von uns gemeldete, Verschmelzung der Riehle u. Vogel A.-G. mit der Seelberg Keksfabrik A.-G. in Mannheim. In der Goldbilanz der Rivo wurde das Aktienkapital mit 200.000 Goldmark eingestellt, so daß die G.-V. die entsprechende Umstellung des Grundkapitals auf 200.000 Goldmark im Verhältnis 100:1 beschloß. Den Aktionären der Rivo wurde infolge der Verschmelzung auf nominell 10.000 Papiermark eine Seelbergaktie zu 100 G.M. überlassen. Der Abschluß der Seelberg-Keks, Mannheim weist einen Reingewinn von 94.006 Bl.M. auf, der ebenfalls in der Goldbilanz auf 1. Januar abgegrenzt wurde. Die Seelberg-G.-V. beschloß, das Aktienkapital im Verhältnis 10:1, also von 5,2 auf 520.000 G.M. umzustellen. Weiter genehmigte die Seelberg-G.-V. die Erhöhung des Grundkapitals um 200.000 auf 720.000 G.M. durch Ausgabe von 2000 ISIA. zu je 100 A. Alsdann wurde eine weitere Erhöhung des Grundkapitals um weitere 100.000 G.M. auf nominell 820.000 G.M. durch Ausgabe von 700 ISIA. und 300 Stück VA. zu je 100 G.M. vorgenommen, auf die den alten Aktionären von Rivo und Seelberg ein mittelbares Bezugsrecht eingeräumt werden wird. Die Firma wurde nunmehr in Seelberg A.-G. Keks, Schokoladen, Waffeln-Fabrik in Mannheim-Alpirsbach abgeändert und der Aufsichtsrat von Rivo dem von Seelberg zugewählt.

Devisenmarkt

Für die deutsche B.M. erhielt man in Zürich 129,50 Centimes und in Amsterdam 0,61½ Cents. Das Pfund Sterling kostete 18½ Bl.M. Sonst lagen heute früh folgende Notierungen vor: Zürich auf Paris 33,35, London 24,50, Brüssel 27,20, New York 5,63½, Holland 210,50, Madrid 77,50, Paris auf London 73, New York 16,93, Belgien 82,32½, Holland 637, die Schweiz 301; London auf Paris 73,90, New York 436,12, Brüssel 89,62, die Schweiz 24,58½, Holland 11,67%; Amsterdam auf London 11,64½, New York 207½, Belgien 12,90, Prag 788.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 9. Mai. Die Börse verkehrte ruhig. Umsätze waren in Anilin zu 12,9, Waggonfabrik Fuchs zu 14, Germania Linoleum zu den Kursen von 6½ und 6¼, Mannheimer Gummi zu 1,75, Neckarsulmer zu 4 (rat), Rheinelektra zu 5,5, Zellstoffabrik Waldhof zu 6,25, Zuckerfabrik Frankenthal zu 3¼; Zuckerfabrik Waghäusel zu 2,75. Ferner wurden Mannheimer Versicherung zu 45 Billionen M. pro Stück gehandelt. Benz stellten sich auf 3 B., Dampfkesselefabrik Rodberg 2,5 G., Dingler Maschinen 3,5 G., Emaillewerke Malkammer 2,5 G., Gebrüder Fahr 4,75 G. und Knorr-Heilbrunn 3,5 G.

Waren und Märkte

Magdeburg, 9. Mai. Zucker prompt Lieferung innerhalb 10 Tagen 25,00-26,00 Goldmark.

Berliner Metallbörse vom 9. Mai

Preise in Fortmarkt für 1 kg.		Alumina		Silber	
Elektralyt	129,50	129,50	in Barren	420-440	420-430
Reinmetall	1/8 1,31	1,10-1,12	in ausländ.	4,35-4,38	4,18-4,20
Blei	0,50-0,57	0,52-0,54	Wittmann	2,25-2,28	2,25-2,28
Rohzinn (Wh-Pr.)	0,54-0,56	0,54-0,55	Nickel	1,75-1,78	0,78-0,79
da. (fr.Vork.)	0,7-0,80	0,67-0,68	Antimon	10,50-10,60	10,50-10,60
Plattin			Silber für 1 Gr.		
Aluminium			Platin p. Gr.		

London, 9. Mai (WB) Metallmarkt. (in Lat. t. d. engl. t. v. 1016 kg.)
 Kupfer 62,95 62,65 bestselect. 66,25 67,75
 da. 3 Monat 63,75 63,50 Nickel 135-138- Quecksilb. 14-17,75
 do. Elektro. 69,25 69,50 Zinn Kansas 224 225 227,75
 Regulus 50-50-

Schiffahrt

Einstellung der Rheinschiffahrt

Die Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrtsgesellschaft hat die Güter- und Personenbeförderung auf dem Rheine des Hochwassers wegen eingestellt. An verschiedenen Stellen ist der Rheine über die Ufer getreten und die Fluten branden bis zur Landstraße.

Kurhaus „Gut Schöneck“

Durlach (Baden) Tel. 309 Turmberg

Ruhige Lage inmitten des Waldes. Eigene Landwirtschaft.

E22 Prospekt D. Köneckamp

Herrenalb Paradies des Schwarzwaldes

Herlicher Frühlingaufenthalt

Hotel zum Falkenstein

Jeder Komfort, liegendes W.-Bad, W.-C. Boxen-Park.

Gegen feuchte Hände u. Füße empfehlenswert als zuverlässig wirkendes Mittel die regelmäßige Anwendung des Vasenol-Semikth-Puders, der die Füße gesund und trocken erhält und die unangenehmen Nebenwirkungen der Schwelssabsonderung beseitigt!

Vasenolform-Puder

Bei stärkerer Schwelssabsonderung, insbesondere bei Hand-, Fuß- und Achselweiß, verwendet man mit sicherem Erfolg. Orig.-Streudosen in Apotheken und Drogerien erhältlich.



